



Editorial Irene Maier

Liebe Mitglieder,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Hier muss dringend etwas passieren“ – das waren die Worte des gesundheitspolitischen Sprechers der CDU, Jens Spahn, als er im vergangenen Dezember den Fachkräfte- und Nachwuchsmangel in der Pflege thematisierte. Angesichts mehr als 100.000 fehlender Pflegefachkräfte bis zum Jahr 2025 kann ich Herrn Spahn natürlich nur zustimmen. Doch die Frage ist: Was muss passieren? Ein neues Pflegeförderprogramm, wie von der Bundesregierung vorgeschlagen, ist unbedingt zu begrüßen. Doch es sollte nicht auf Kosten der Klinikärzte finanziert werden. Eine solche Umverteilung würde nicht nur einen Keil zwischen Ärzten und Pflegekräfte in den Krankenhäusern treiben, es wäre auch äußerst kurzsichtig. Was wir brauchen, ist ein Konzept, das die Versorgungsstrukturen in Deutschland für alle an der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Versorgung von Patienten beteiligten Berufe verbindlich regelt. Wir brauchen ein „Versorgungsstrukturgesetz reloaded“. Hierfür müssen alle Beteiligten an einen Tisch geholt werden.

Dieses „Versorgungsstrukturgesetzes reloaded“ ist eine der Kernforderungen, die wir im Februar gemeinsam mit dem Deutschen Pflegerat in unserem Offenen Brief an Bundeskanzlerin Dr. Merkel formuliert haben. Warum der Schulterchluss mit dem DPR? Ein Anschreiben an Frau Dr. Merkel unter eigener Flagge hätte dem VPU sicher mehr Aufmerksamkeit eingebracht. Doch unsere Intention war eine andere. Wir wollten Aufmerksamkeit für die darin formulierten Forderungen und Lösungsvorschläge erreichen. Diese betreffen die Rahmenbedingungen und Belange aller professionell Pflegenden in Deutschland, ganz gleich, ob im ambulanten oder stationären Bereich, ob in der Alten- oder Intensivpflege tätig.

Bereits Thomas von Aquin erkannte: „Vereinte Kraft ist zur Herbeiführung des Erfolges wirksamer als zersplitterte oder geteilte“. Dies gilt in besonderem Maße für die Pflege in Deutschland. Die Verbände eint das Ziel, die qualitativ hochwertige Versorgung der Patienten nachhaltig – auch für die kommenden Generationen – sicher zu stellen. Und uns eint das Wissen, dass dies unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht möglich sein wird.

Dennoch gelingt es uns nur selten, unsere begründeten Forderungen gemeinsam zu formulieren. Deshalb haben wir uns einen Partner gesucht, mit dem wir die Reaktion der Pflegenden

auf die Aussagen von Herrn Spahn gemeinsam in der breiten Öffentlichkeit und in der Politik platzieren können. Mit dem Deutschen Pflegerat haben wir den denkbar besten Partner gefunden.

Mit unserem Offenen Brief wollten wir keine Klageschrift und keinen Forderungskatalog verfassen. Vielmehr wollten wir der Politik die Hand reichen und aufzeigen, wie wir gemeinsam die Rahmenbedingungen der professionellen Pflege nachhaltig verbessern können. Dies scheint uns gelungen zu sein. Der Brief ist nicht nur in den Medien auf sehr positive Resonanz gestoßen. Abgesehen von den Veröffentlichungen des Schreibens und ergänzenden Interviews, in denen Herr Westerfellhaus und ich in den vergangenen Wochen unsere Vorschläge konkretisiert haben, haben wir „offline“ durchweg positive Rückmeldungen aus den Redaktionen erhalten. Aus der Landes- und Bundespolitik wissen wir, dass unser Brief den Weg auf die „richtigen“ Schreibtische gefunden hat und dort bearbeitet wird. Dies zeigt, dass wir den richtigen Ton getroffen haben und als das wahrgenommen werden was wir sein möchten: lösungskompetente Partner der Politik. Der Brief war der Auftakt, um unsere Anliegen vor der Bundestagswahl in die Öffentlichkeit und in die Politik zu tragen. Seine Inhalte werden Herr Westerfellhaus und ich in Kürze in gemeinsamen Hintergrundgesprächen mit politischen Entscheidern auf Landes- und Bundesebene diskutieren. Die Vorbereitung dieser Gespräche läuft in beiden Verbänden auf Hochtouren. Über die Ergebnisse halten wir die Mitglieder aller Verbände natürlich auf dem Laufenden. Schließlich geht es in diesen Gesprächen um die Belange der professionellen Pflege in Deutschland insgesamt.

Wir Pflegedirektoren und -direktorinnen an den Universitätskliniken und medizinischen Hochschulen Deutschlands werden uns weiterhin einmischen, wenn es um die zukunftsorientierte Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Pflege an den Universitätskliniken geht. Als Managementverband ist uns jedoch bewusst, wie wichtig es ist, das System als Ganzes zu betrachten. Wir werden uns deshalb auch weiterhin bei Fragen zu Wort melden, die die Versorgungsstrukturen in Deutschland insgesamt betreffen. Die verbandsübergreifende Abstimmung unserer Argumente und Forderungen liegt mir dabei sehr am Herzen, denn ich bin überzeugt, dass wir für die professionell Pflegenden in Deutschland gemeinsam deutlich mehr erreichen werden als mit verbandsindividuellen Einzelaktionen. Ich hoffe sehr, dass diese Abstimmung uns in Zukunft besser gelingt.

Herzlichst, Ihre

Irene Maier

Pflege spricht Klartext – Der Offene Brief an die Bundeskanzlerin

DPR und VPU haben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Anfang Februar in einem Offenen Brief aufgefordert, die pflegerische Versorgung in Deutschland langfristig und parteiübergreifend sicherzustellen. Den beiden Verbänden, die einen großen Teil der professionell Pflegenden in Deutschland repräsentieren, war es dabei wichtig, konstruktive Vorschläge vorzulegen, mit denen dem Pflegefachkräftemangel im ambulanten und stationären Bereich nachhaltig entgegengewirkt werden kann. Hier die Forderungen im Überblick:

Etablierung eines Pflegeberufes

VPU und DPR plädieren für die zeitnahe Etablierung eines moderierten Pflegeberufes. Unter der Federführung bzw. Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Dr. Merkel sollen Entscheider aller am Pflegeprozess beteiligten Berufsgruppen, aus Politik, Medizin und Krankenkassen sowie ausgewählte Patientenvertreter grundlegende Strukturveränderungen auf den Weg bringen. Die Experten sollen die Themen und Belange der Pflegeberufe und Patientenversorgung in Deutschland im Rahmen dieser moderierten Arbeits- und Diskussionsplattform nicht nur diskutieren, sondern gemeinsam zwei konkrete Entscheidungsvorlagen für Strukturverbesserungen erarbeiten:

Strukturkonzept für die Pflegeberufe

Deutschland braucht ein zukunftsorientiertes Strukturgesetz für die Pflegeberufe im ambulanten und stationären Bereich, welches die Rolle, Verantwortlichkeiten und Kompetenzen der Pflegefachkräfte sowie die Schnittstellen zu anderen Leistungserbringern im Versorgungsprozess verbindlich regelt.

Versorgungsstrukturgesetz reloaded

Ergänzend zum Strukturgesetz für die Pflegeberufe plädieren VPU und DPR für die Erarbeitung eines Strukturkonzeptes für die Gesundheitsversorgung in Deutschland insgesamt. Das Pflegeberufe-Strukturgesetz soll dabei integraler Bestandteil dieses Gesamtkonzeptes sein.

Modifizierte Neuauflage des Pflegeförderprogramms

Ergänzend zu den geforderten Strukturkonzepten sprechen sich VPU und DPR für eine modifizierte Neuauflage des Pflegeförderprogramms für Krankenhäuser aus, soweit dieses in beide Gesetze eingebunden ist. Ziel ist die akute Unterstützung der Pflege durch die Schaffung von 15.000 Stellen.

Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe

Beide Verbände sind sich einig, dass eine Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe grundlegende strukturelle Veränderungen erfordert. Sie fordern daher die verbindliche Regelung folgender Bereiche in einem „Berufsgesetz Pflegeberufe“:

- Bedarfsorientierte, systematische Aus- und Weiterbildung
- Attraktive Weiterentwicklung- und Karriereperspektiven
- Leistungsgerechte Entlohnung
- Kompetenz- und Verantwortungsbereiche entsprechend der individuellen Qualifikation
- Flexiblere Arbeitszeitmodelle
- Angemessene Personalausstattung
- Einrichtung von Pflegekammern in allen Bundesländern

Den „Original-Brief“ können Sie unter folgendem Link abrufen:
www.vpu-online.de/de/aktuelles/meldungen/2013-02-05_10-15.php

Pflegekomplexmaßnahmenscore (PKMS): So viel Dokumentation wie nötig – so wenig wie möglich

Das Bundesministerium für Gesundheit hat die Einkaufsgemeinschaft AGKAMED mit einer Gegendarstellung der Bewertung des PKMS im Krankenhausbarometer 2012 beauftragt. Die Einschätzung des Deutschen Pflegerates wurde dabei nicht angefragt. Präsident Andreas Westerfellhaus hat deshalb zur Feder gegriffen und die Position des DPR in einem Brief an Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr dargelegt. Seine Forderung: Der PKMS muss überarbeitet werden – unter Einbindung des DPR.

In seinem Schreiben betont Westerfellhaus, dass nicht nur der Aufwand für die Dokumentation des PKMS, sondern auch die Eignung des Instrumentes PKMS zur sachgerechten Abbildung hochaufwändiger Pflege in Frage gestellt werden müsse. Die vorliegenden Befragungsergebnisse sprechen gegen diese Eignung: Mehr als 60 Prozent der befragten Einrichtungen bewerten den PKMS als nicht sachgerecht zur Abbildung hochaufwändiger Pflege. Das Ergebnis der Befragung deckt sich mit den Bewertungen des Deutschen Pflegerates, der Deutschen Krankenhausgesellschaft, dem Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen sowie weiterer Organisationen und Verbände.

Das gemeinsame Ziel, pflegerische Leistungen in deutschen Krankenhäusern angemessen im DRG-System abzubilden, erfordere eine Reduzierung des Dokumentationsaufwandes auf ein akzeptables Maß, so Westerfellhaus. Bei der erforderlichen Überarbeitung des PKMS müssten alle vorliegenden Erkenntnisse berücksichtigt werden. Gespräche zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und dem DPR als Dachverband des Deutschen Pflege- und Hebammenwesens – und Entwicklerverband des PKMS – seien hierfür unerlässlich.

„Wir müssen geschlossener auftreten!“



Interview mit
DPR-Präsident
Andreas Westerfellhaus

Herr Westerfellhaus, haben wir heute in Deutschland einen Pflegenotstand?

Aber ja, der Pflegenotstand ist traurige Realität. Nicht nur, weil wir viel zu wenige sind, um eine qualifizierte Versorgung aufrechtzuerhalten. Sondern weil wir an unsere Grenzen gekommen sind und gesundheitliche Belastungen in Kauf nehmen, um für unsere Patienten und Patientinnen zu sorgen.

Immer weniger Menschen wollen einen Pflegeberuf ergreifen bzw. in ihm verbleiben. Was muss geschehen, damit sich das ändert?

Wir müssen die Attraktivität der Pflegeberufe sehr viel transparenter machen und jungen Menschen zeigen, welche Perspektiven und Karrierechancen ihnen die Pflege bietet. Zudem brauchen wir ausreichend finanzierte Ausbildungsplätze, die eine qualifizierte Ausbildung sicher stellen, eine an den realistischen Bedürfnissen orientierte Personalausstattung sowie natürlich eine leistungsgerechte Bezahlung, die es den Pflegenden ermöglicht, in diesem Beruf auch zurechtzukommen.

Der Deutsche Pflegerat vertritt die Interessen von rund 1,2 Millionen Beschäftigten. Wenn man die Situation in der Pflege betrachtet, hat man allerdings den Eindruck, dass die Branche gar keine Lobby hat. Was läuft da falsch?

Die Leistungen unserer Berufsgruppe werden in der Gesellschaft leider falsch wahrgenommen. Wir forschen, wir lehren, wir tragen jeden Tag Verantwortung. Das wird nicht ausreichend anerkannt. Vielleicht ist es auch das Wegducken der politisch Verantwortlichen vor einem Dilemma, das man zwar hat kommen sehen, in seiner Dimension jedoch nicht beherrschen kann.

Warum ist Ihre Berufsgruppe dann nicht kämpferischer? Warum hält die Pflege so vergleichsweise klaglos still?

Klagloses Stillhalten war gestern. Wir betreiben heute deutlich mehr Aufklärung als noch vor einigen Jahren. Insbesondere motivieren wir die Berufsgruppen dazu, ihre berechtigten Forderungen klar zu formulieren und in der Politik zu platzieren.

Sie regen in Ihrem Offenen Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Etablierung eines Pflegeberufes an. Wie müsste dieser aussehen, damit er wirklich etwas bewirken kann?

Ein solcher Pflegeberufes müsste unter Federführung hoher politischer Verantwortung und Akzeptanz stehen und parteiübergreifend und ideologiefrei arbeiten können. Da ein Gipfel alleine nicht reichen wird, sondern eine immense Kraftanstrengung in den nächsten Jahren vor uns liegt, sollte dauerhaft – über die nächste Legislaturperiode hinweg – eine Strategiekonferenz eingerichtet werden.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat unter dem Motto „Wir alle sind das Krankenhaus“ eine Plakataktion gestartet, um auf die Finanzierungsproblematik der Krankenhausmedizin hinzuweisen. Was halten Sie davon?

Die Aktion ist gut, aber ich finde es schade, dass sie nicht mit den Pflegeverbänden abgestimmt wurde. Sie hätte sicher eine viel stärkere Wirkung, wenn sie von einer breiten Mehrheit aller Akteure der Gesundheitsbranche getragen würde. Wir alle arbeiten nah am und mit dem Patienten – ob als Ärzte oder in der Pflege – und uns eint das gemeinsame Interesse an zukunftsfähigen Versorgungsstrukturen. Doch ich kritisiere auf hohem Niveau. Schließlich gelingt es uns nicht einmal innerhalb der Pflege, gemeinsam aufzutreten.

Sie plädieren also für gemeinsame Aktionen nach dem Motto: Wir sitzen alle in einem Boot?

Unbedingt. Es ist schade, dass Aussagen wie die von Herrn Spahn im vergangenen Dezember nicht dazu führen, dass wir Pflegeverbände uns zusammenschließen und gemeinsam darauf reagieren. Vielmehr hat sich bei mir in den letzten Wochen der Eindruck verfestigt, dass die einzelnen Berufsgruppen und ihre Verbände sich bewusst für Einzelaktionen entscheiden, um die Bekanntheit der eigenen Organisation zu erhöhen – möglicherweise, weil ihre Mitglieder die so verlangen. Unsere Themen und Forderungen würden jedoch eine deutlich stärkere Resonanz auslösen, wenn wir geschlossen auftreten und mit einer Stimme sprechen würden. Konkret heißt das: ein Offener Brief mit abgestimmten Kerninhalten und Forderungen, gemeinsam koordinierte und inhaltlich abgestimmte Hintergrundgespräche. Es geht nicht darum, künftig nur noch als Gruppe aufzutreten. Natürlich müssen die einzelnen Verbände die Möglichkeit haben, sich zu positionieren. Wir wollen uns jedoch zumindest hinsichtlich unserer Kernaussagen, Forderungen und geplanten Aktivitäten informieren und abstimmen. Andernfalls kannibalisieren sich unsere – in der Sache berechtigten – Aktionen, zum Nachteil aller Pflegenden.

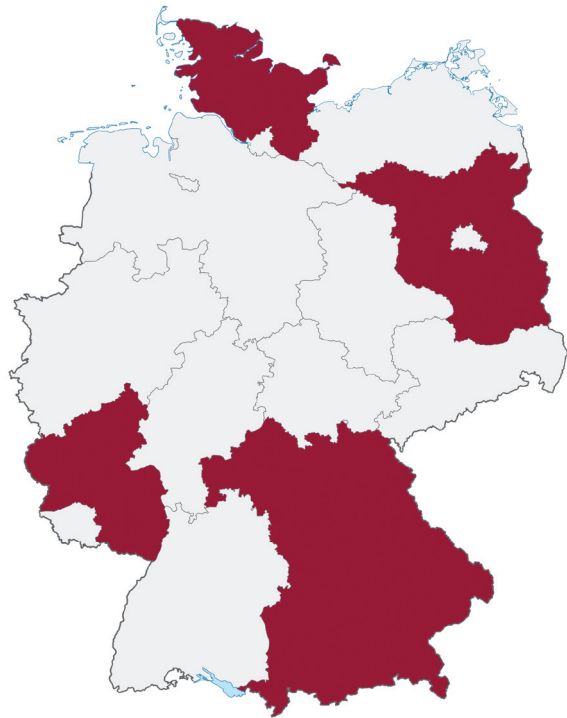
Erste Bundesländer auf dem Weg zur Pflegekammer

In ihrem gemeinsamen Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sprechen der VPU und der DPR sich unter anderem explizit für die Etablierung der Selbstverwaltung der Pflege in Form von Pflegekammern in allen Bundesländern aus. Beide Managementverbände sehen die Verkammerung als unverzichtbar an, um bundesweit eine einheitlich hohe Qualität der professionellen Pflege zu gewährleisten, qualifizierte Bewerber für den Berufseinstieg zu gewinnen – und berufserfahrene Pflegefachpersonen im Beruf zu halten.

Unter der Überschrift „Ab ins Kämmerlein“ haben wir Ihnen im Juni 2012 (VPU-Newsletter Ausgabe 2/2012) einen Überblick über den Status Quo der Verkammerung in den Bundesländern gegeben. Was hat sich in den vergangenen neun Monaten getan? Zeit für ein Update:

Schleswig-Holstein

Am 14. Dezember 2012 erst hatte Schleswig-Holstein als erstes Bundesland beschlossen, „...die rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Schleswig-Holsteinischen Pflegekammer, mit der den Berufsangehörigen mehr Selbstbestimmung ermöglicht und der Stellenwert der Pflegeberufe sowie – insbesondere durch eine Berufsordnung – der Schutz der Pflegebedürftigen erhöht wird, zu schaffen“. Auf einer Veranstaltung des Landes-Pflegerates rückte Landesgesundheitsministerin Kristin Alheit (SPD) nun von diesem Beschluss ab und kündigte an, zunächst eine repräsentative Umfrage unter Pflegenden durchzuführen, um eine mögliche Kammergründung ausreichend zu legitimieren. Der Zeitpunkt der Befragung ist noch offen.



Rheinland-Pfalz

Das Ministerium für Soziales, Alter, Gesundheit und Demografie in Rheinland-Pfalz macht die weitere Entwicklung rund um die Pflegekammer ebenfalls von einer Befragung abhängig, mit der dort in Kürze ein Stimmungsbild zur Kammer bei den Pflegenden eingeholt werden soll.

Brandenburg

Brandenburgs Arbeitsminister Günter Baaske (SPD) hat sich für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag im Pflegebereich ausgesprochen. „Ich begrüße ausdrücklich, dass es momentan eine kleine, zarte Bewegung in diesem Lande gibt, die versucht, einen Tarifvertrag in der Pflege zu organisieren“, so der Minister am 28. Februar in der Fragestunde im Potsdamer Landtag.

Bayern

„Wir brauchen eine starke Interessenvertretung und wir werden uns nicht gegen eine Kammer versperren“, teilte Landtags-Vizepräsidentin Christine Stahl (Die Grünen) am 1. März den Teilnehmern der Frühjahrsakademie der Bayerischen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Pflegeberufe mit. Noch im Frühjahr werde es im Auftrag des Bayerischen Gesundheitsministeriums eine repräsentative Befragung unter Pflegenden geben. Laut Stahl soll die Befragung, die die Hochschule München konzipiert, bereits Mitte April 2013 beginnen.

IMPRESSUM

Herausgeber Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und medizinischen Hochschulen Deutschlands e.V., VPU

Alt-Moabit 96 | 10559 Berlin
Telefon 030 138957-61
Fax 030 138957-56
E-Mail info@vpu-online.de
Internet www.vpu-online.de

Redaktion Vital Relations GmbH
Mörsenbroicher Weg 200 | 40470 Düsseldorf
Telefon 0211 583357-511
Fax 0211 583357-509